

Universität Osnabrück
Fachbereich II
- Geschichte / Neuere und Neueste Geschichte -
SS 1998

‘Der’ politische Liberalismus
und ‘die soziale Frage’
im Deutschen Reich unter Bismarck

Eine analytisch-kritische Betrachtung

Dozent: Prof. Dr. phil. habil. Klaus J. Bade
Seminar: 2.214 Sozialistengesetz und Sozialgesetzgebung
im kaiserlichen Deutschland

vorgelegt von: Andrea Dittert Koksche Str. 34,
49080 Osnabrück
Tel.: 0541 - 9827423

LA Gym.: Biologie/Geschichte/Philosophie
Magister: Philosophie/Geschichte
Ma.-Nr.: 525860

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung.....	3
2 Zu ‘dem’ politischen Liberalismus im Kaiserreich.....	4
2.1 ‘Liberalismus’-Begriff und das Gemeinsame liberaler Theorien.....	4
2.2 Auswirkungen des politischen Kompromißzwanges auf die liberalen Parteien.....	5
2.3 Vorstellung der wichtigsten liberalen Parteien 1871 - 1890.....	7
2.3.1 Deutsche Fortschrittspartei.....	7
2.3.2 Nationalliberale Partei.....	8
2.3.3 Liberale Vereinigung.....	8
2.3.4 Deutsche-Freisinnige Partei.....	9
2.3.5 Deutsche Volkspartei.....	9
3 Zu ‘der sozialen Frage’.....	10
3.1 Allgemeine Betrachtungen zu ‘der’ sozialen Frage.....	10
3.2 Gesellschaftsbild des Liberalismus und die Ablehnung ‘der sozialen Frage’.....	10
3.3 Einfluß des Manchesterturns auf den Umgang mit ‘der sozialen Frage’.....	11
4 Zu den Konsequenzen für den Umgang mit den sozialen Problemen.....	13
4.1 Liberale Lösungsstrategien und dabei auftretende Problematiken.....	13
4.1.1 Ausdehnung der Armenfürsorge.....	13
4.1.2 Bildungsvereine.....	13
4.1.3 Genossenschaften.....	14
4.1.4 Gewerkschaften.....	15
4.2 Stellung der liberalen Parteien zu Bismarcks Sozialpolitik.....	16
4.2.1 Problematik der sozialpolitischen Vorstellungen Bismarcks	16
4.2.2 Beteiligung der liberalen Parteien an der Sozialpolitik zur Zeit Bismarcks.....	17
4.2.3 Vorgeschichte der in den 80er Jahren eingeführten gesetzlichen Arbeiterversicherungen	18
4.2.4 Stellung der einzelnen liberalen Parteien zu den gesetzlichen Arbeiterversicherungen.....	19
5 Fazit.....	20
6 Literaturverzeichnis.....	21
6.1 Verwendete Literatur.....	21
6.2 Weitere Literatur, die ebenfalls Interessantes verspricht.....	23
7 Anhang.....	24

1 Einleitung

Der Liberalismus ist wie jede politische Richtung der öffentlichen Kritik unterworfen. Einige der dabei auftretenden Vorurteile lassen sich sehr schnell widerlegen, so z.B. daß »Liberalismus« und »Staat« sich widersprechen würden. Eine der schwieriger zu widerlegenden verbreiteten Auffassungen besagt, daß »Liberalismus« und »Sozialpolitik« ein Paradox darstellen. Passend dazu ist aktuell die Bezeichnung der modernen liberalen Partei FDP als der 'Partei der Besserverdienenden' in aller Munde. Aufgabe dieser Arbeit soll sein, die Berechtigung dieser Aussagen im Hinblick auf die Zeit Bismarcks, in der sich die Anfänge eines modernen Sozialstaates zeigten, zu untersuchen.

Als erstes muß geklärt werden, daß es *den* Liberalismus nicht gegeben hat. Dazu soll zum einen eine Eingrenzung all dessen erfolgen, was im 19. Jahrhundert zum Liberalismus gerechnet werden kann, also die Gemeinsamkeiten aller liberaler Gruppierungen aufgedeckt werden, zum anderen aber auch die Breite der Differenzierung innerhalb dieses großen Spektrums Verdeutlichung finden. Besonders wichtig zum Verständnis erscheint die Hervorhebung der - von den Liberalen prinzipiell sogar erwünschten - Heterogenität innerhalb der einzelnen Parteien.

Zweitens soll versucht werden, zu erklären, warum es aufgrund ihres allgemeinen Menschen- und Gesellschaftsbildes für die Liberalen keine 'soziale Frage' geben konnte. Vorweg ist eine allgemeine Auseinandersetzung mit der Problematik der Reduzierung aller gesellschaftlicher Problematiken auf eine *einzig*e Frage, und die Überlegung, weshalb diese Frage ausgerechnet die Arbeiterfrage sein soll, angebracht. Im Hinblick auf die häufig zu findende Gleichsetzung des deutschen Liberalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts mit dem Manchestertum muß auch berücksichtigt werden, welche Rolle das Manchestertum bei der Ablehnung der sozialen Frage spielte.

Bevor man nun aus der »Leugnung der sozialen Frage«, vollständiges Desinteresse an den sozialen Problemen der Gesellschaft ableitet, sollte man sich die aus diesen Überlegungen für den Umgang mit den sozialen Problemen der Gesellschaft resultierenden Konsequenzen ansehen. Diese lassen sich zum einen in den zur Verbesserung gewählten und in der Gesellschaft umzusetzen versuchten Lösungsstrategien erkennen und zum anderen aus der Beteiligung an der parlamentarischen Auseinandersetzung mit den sozialpolitischen Reformen ablesen.

Erst nach einer umfassenden Untersuchung all dieser Teilaspekte ist eine Beurteilung der Berechtigung des Vorwurfes, daß sich die Liberalen des Kaiserreiches unter Bismarck nicht um die soziale Not der unteren Schichten ihrer Zeit kümmerten, möglich.

Im Anhang findet sich eine Übersichtsgrafik, die der Orientierung innerhalb der sich fortwährend wandelnden liberalen Parteienlandschaft der Jahre 1871 - 1890 dienen soll.

Bei der Auffindung der ersten Texte zu diesem Themenkomplex halfen der 1991 veröffentlichte Forschungsbericht von Hartwig Brandt und die 1992 erschienene Literaturvorstellung Hans Fenskes. Die vollständige Liste der zur Bearbeitung herangezogenen Literatur findet sich am Ende der Arbeit. Zusätzlich beinhaltet das Literaturverzeichnis - in einem gesonderten Teil - auch darüberhinausgehende Anregungen zur weiteren Lektüre.

2 Zu ‘dem’ politischen Liberalismus im Kaiserreich

2.1 ‘Liberalismus’-Begriff und das Gemeinsame liberaler Theorien

Der Ausdruck ‘Liberalismus’ wurde erst gegen Mitte des 19. Jahrhunderts allgemein gebräuchlich,¹ fand jedoch schon während der Restaurationszeit (1814 - 1830) in Europa zur „[...] Charakterisierung von Bewegungen [Verwendung], deren negatives Merkmal die Opposition gegen die Wiederherstellung der vorrevolutionären Gesellschafts- und Machtverhältnisse einerseits, gegen eine Erschütterung der bürgerlichen Eigentumsordnung durch radikal-demokratische und frühsozialistische Kräfte andererseits bildet und die sich positiv zu einem konstitutionellen System bekennen, in dem bürgerliche Freiheiten und bürgerliche Machtteilhabe wirksam gesichert sind.“² So läßt sich als erste Verwendung des Begriffes ‘liberales’ die Bezeichnung einer Verfassungsbewegung Spaniens im Jahre 1812 bestimmen, die sich gegen eine Rückkehr zum Absolutismus wendete.³

Lothar Döhn erkennt das damit verbundene allgemeine Problem: „Politisch-gesellschaftliche Erscheinungen und Entwicklungen, denen ein sie bezeichnender Oberbegriff einen gemeinsamen Namen gibt, weil man sie als Einheit oder zumindest als Zusammengehöriges begreift oder zu sehen gewöhnt ist, lassen sich nichtsdestoweniger nur unter großen Schwierigkeiten und oft nur völlig unvollkommen begrifflich in der Weise bestimmen, daß sie durch eine umfassende und zugleich präzise zusammenfassende Formel beschrieben und erklärt werden.“⁴ So gibt Dieter Langewiesche zwar eine geläufige Formel zur Umschreibung des Liberalismus wieder, wenn er den „Liberalismus als ein Geflecht aus politischen und gesellschaftlichen Leitbildern, in deren Zentrum das Ideal des selbstverantwortlichen Menschen steht, und zugleich als eine politische Bewegung der Sozialgruppe Bürgertum, die eine Gesellschaft der mündigen Staatsbürger erstrebt“⁵ umschreibt, merkt aber sogleich an, daß generalisierende Liberalismusdeutungen und -begriffe angesichts des weiten Spektrums Probleme bereiten.⁶ Dementsprechend beendet W. Schieder seinen Aufsatz ‘Probleme einer Sozialgeschichte des frühen Liberalismus in Deutschland’ lapidar mit dem Satz „Die Einheit der liberalen Bewegung ergab sich in Deutschland nur aus ihrer Vielfalt.“⁷ Und auch Gerhard Göhler stellt fest: „Der deutsche Liberalismus leidet ohnehin nicht gerade an Übersichtlichkeit der vertretenen Positionen.“⁸ Dennoch lassen sich aus den verschiedensten Ausprägungen des Liberalismus doch gemeinsame Grundelemente herauskristallisieren, „[w]äre dies nicht einmal der Fall, so wäre es problematisch, am Begriff des Liberalismus festzuhalten [...]“⁹ Als Grundelemente des Liberalismus identifiziert Lothar Döhn ‘Freiheit’ und ‘Privateigentum’.¹⁰

¹ Schapiro 1985, S. 20

² Winkler 1979, S. 15

³ Ebd., S. 15

⁴ Döhn 1977, S. 10, vgl. auch ders. 1986, S. 84

⁵ Langewiesche 1995, S. 243

⁶ Ebd., S. 243 f.

⁷ zit. n. Mitchell 1995, S. 221

⁸ Göhler/Klein 1993, S. 367

⁹ Döhn 1977, S. 12

¹⁰ Ebd., S. 12 - 16

Zu den allgemeinen, allen liberalen Richtungen gemeinsamen Überzeugungen gehören die Notwendigkeit des Rechtsstaates und der Kontrolle politischer Prozesse zur Verwirklichung der liberalen Ideale. Erst der Rechtsstaat ermöglicht die angestrebte freie Entfaltung des Individuums, denn durch eine schriftliche Verfassung sind die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der Staatsbürger verbindlich festgelegt und willkürliche Regelungen ausgeschlossen. Für die Kontrolle der politischen Prozesse sind zum Einen Vereinigungsfreiheit und Öffentlichkeit (Pressefreiheit und Recht der freien Meinungsdiskussion) unverzichtbar, zum Anderen feste institutionalisierte Kontrollmechanismen nötig. Hierzu gehört die Gewaltenteilung, damit der Staat sich nicht verselbständigen kann und der Rechtsweganspruch des Einzelnen gewährleistet ist. Im Parlament wachen schließlich gewählte Repräsentanten darüber, daß die Interessen der Staatsbürger berücksichtigt werden.¹¹ Zusammenfassend: „Liberaler Politik zielte also stets auf die Institutionalisierung von Interessenkonflikten, die in rationaler Diskussion geregelt werden sollten.“¹² Die Verknüpfung von Liberalismus und Bürgertum als untrennbare Einheit ist einerseits häufig versucht,¹³ andererseits auch häufig kritisiert worden.¹⁴ Auch wenn die enge Bindung des Liberalismus an das Bürgertum in der Form, daß der Liberalismus nur bürgerliche Ansichten vertrat bzw. das gesamte Bürgertum liberal gewesen sei, sich als nicht haltbar erweist, dürften die bürgerlichen Einflüsse auf das allgemeine Gesellschaftsbild des Liberalismus unumstritten sein. Abschließend kann vielleicht die folgende Einschätzung Dieter Langewiesches zum Verständnis der liberalen Politik beitragen: „Wer sich zum Liberalismus bekannte, glaubte an den unaufhaltsamen Fortschritt, rechtfertigte die Dynamik der Moderne - eine Dynamik jedoch der vielen kleinen Schritte, nicht der schnellen Zukunftssprünge, ein Fortschritt mit humanem Maß, das für den Einzelnen nachvollziehbar sein sollte.“¹⁵

2.2 Auswirkungen des politischen Kompromißzwanges auf die liberalen Parteien

Zunächst sei - bei der Betrachtung der Auswirkungen des Kompromißzwanges auf die liberalen Parteien - auf die grundsätzliche Problematik der Verwendung des Begriffes ‘Partei’ hingewiesen. Denn noch lange Zeit während des 19. Jahrhunderts blieb das aus den Vormärztagen stammende ältere Parteiverständnis erhalten, nach dem man unter ‘Partei’ nur eine Gesinnungsgemeinschaft verstand, die keine feste, gemeinsame ideologische Grundausrichtung verband, sondern jeweils Produkt von gemeinsamen Interessen in Einzelfragen war.¹⁶ Vorerst war allgemein der Typus der ‘Honoratiorenparteien’ vorherrschend, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts kam es allmählich zur Ausbildung von ‘Massenparteien’, die sich jedoch erst nach dem 1. Weltkrieg zu ‘Mitgliederparteien’ wandelten.¹⁷ Während sich die anderen Parteien auf die Bedingungen des aufkommenden Massenzeitalters einstellen, verkannte der Liberalismus die Situation und blieb seinem alten Elitedenken und dem Charakter der Honoratiorenbewegung verhaftet.¹⁸

¹¹ Göhler/Klein 1993, S. 362 - 367, so auch Winkler 1979, S. 13

¹² Langewiesche 1995, S. 245. Zur Rationalität des Liberalismus sehr gut: Schapiro 1985, S. 23 - 25

¹³ z.B. durch Göhler/Klein.

¹⁴ z.B. durch Gall, Fenske und Schiller. Auch Mitchell warnt vor einer Identifizierung des Liberalismus mit Bürgertum, obwohl er eine weitgehende historische Übereinstimmung bürgerlicher und liberaler Interessen sieht (Mitchell 1995, S. 225 f.)

¹⁵ Langewiesche 1995, S. 270

¹⁶ Offermann 1988, S. 112 f.

¹⁷ Meyers großes Taschenlexikon in 24 Bänden, Bd.: 16, 2. Aufl., Mannheim/Wien/Zürich 1987, sv.: Partei.

¹⁸ Klotzbach 1966, S. 80 f. u. 119 f., siehe auch Busmann 1958, S. 557

Wichtig bei der Untersuchung liberaler Parteien ist daher die Beachtung des Selbstverständnisses der Liberalen, denn „Liberalen sahen in ihrer Bewegung nicht nur eine politische Alternative. Wie die Bürgerlichkeit wurde auch der Liberalismus von seinen Anhängern als ein universelles System betrachtet - als die einzig legitime, vernünftige und fortschrittliche Reaktion auf die Probleme der modernen Gesellschaft. Liberale vertraten keine Sonderinteressen, sie sprachen im Namen des Allgemeinwohls; Liberale vertraten keine bestimmte Meinung, sie repräsentierten die aufgeklärte Meinung als solche; der Liberalismus verkörperte nicht eine Partei unter anderen, sondern die Partei der Bewegung, des Fortschritts und der Zukunft. Der Liberalismus sprach deshalb für das Volk und zum Volk, zur Nation, auf der sein Anspruch auf Allgemeingültigkeit letztlich beruhte.“¹⁹ Daraus läßt sich auch der immer wieder aufkommende Traum von der ‘liberalen Gesamtpartei’²⁰ und das Unverständnis gegenüber den Bedürfnissen der Arbeiter nach eigener politischer Vertretung erklären, doch „[e]inen einheitlichen deutschen Liberalismus hat es nie gegeben.“²¹ Stattdessen findet man Spaltungen in unterschiedlichste politische Richtungen.²² Lothar Gall gelangt bei dem Versuch den Liberalismus der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts grob zu systematisieren zu drei prinzipiellen Richtungen, die immer deutlicher zu trennende Gruppierungen bildeten: eine dogmatische, eine opportunistische und eine revisionistische Richtung.²³

Das erste Potential für grundsätzliche Auseinandersetzungen bot die Zusammensetzung der Parteien, denn diese bestanden häufig nicht aus einer homogenen Interessengemeinschaft, „[s]tattdessen finden wir unter ihnen [den führenden Kräften der liberalen Bewegung] Freihändler und Schutzzöllner, Fürsprecher der Industrie und Landwirtschaft, Bewunderer staatlicher Interventionen und einer freien Marktwirtschaft.“²⁴ Innerparteiliche Diskussionen konnten deshalb nicht ausbleiben: Gemäß liberaler Vorstellung mußte im intellektuellen Austausch nach der rationalen Lösung, dem ‘gangbaren Weg’ zur Erreichung der gemeinsamen Endziele, gesucht werden.

Probleme bereitete dabei der Umgang mit den äußeren Anforderungen der Zeit, denn Bismarcks Rolle bei der Gestaltung des deutschen Staates war überwältigend. Auch mit einer konsequent negativ ausgerichteten Politik konnte deshalb kaum erwartet werden, daß Ideal eines liberalen Rechtsstaates durchzusetzen. Ein großer Teil der Liberalen wollte wenigsten mit „[...] Hand anlegen an den Neubau des preußisch-deutschen Staates. Sie waren um dieses Zweckes bereit, sich mit der Regierung von Fall zu Fall zu verständigen, da [sie erkannten, daß] die Mitarbeit, die sie leisten wollten, nur in der Form des Kompromisses möglich war.“²⁵ Diese Vorgehensweise wurde unterschiedlichst bewertet. Während z.B. Kurt Klotzbach im Bündnis zwischen Nationalliberalismus und Konservatismus den Beginn der liberalen Selbstzerstörung sieht und die Hoffnung, damit die Durchsetzung der liberalen Grundsätze zu erreichen, als ‘verhängnisvolle Illusion’ bezeichnet,²⁶ erkennt Eduard Wilhelm Meyer darin „[...] einen gewaltigen Fortschritt des realpolitischen Denkens unter den Liberalen.“²⁷

¹⁹ Sheehan 1988, S. 38

²⁰ Mayer 1917, S. 174

²¹ Langewiesche 1988, S. 11

²² Ebd., S. 11. Die ebenfalls starken regionalen Differenzierungen müssen hierbei leider vernachlässigt werden.

²³ Gall 1975, S. 348 - 353

²⁴ Sheehan 1988, S. 37

²⁵ Mayer 1917, S. 175

²⁶ Klotzbach 1966, S. 69 u. 119

²⁷ Mayer 1917, S. 175

Aufgrund der aus realpolitischen Überlegungen eingegangenen Kompromisse, die einerseits zwar zum Teil deutlich von liberalen Vorstellungen abwichen, andererseits aber wenigstens die Mitwirkung an von den Liberalen höher bewerteten Projekten ermöglichten, kommt Lothar Döhn zu der Einsicht, daß „[s]ogar die Existenz nichtliberaler oder antiliberaler Elemente und Aussagen in gemeinhin liberal genannten Theorien oder Parteien [nicht] besagt [...], daß diese grundsätzlich nicht dem Liberalismus zu zuordnen sind.“²⁸ Theo Schillers Kritik dieser Äußerung Lothar Döhns zeugt lediglich davon, daß Theo Schiller den Satz nicht richtig gelesen hat. Denn seine prinzipiell - nach meinem Verständnis von ‘Sprache’ sogar tautologisch - wahre Feststellung „Wenn Sprache noch einen Sinn haben soll, dann können ja nicht anti-liberale Elemente gleichzeitig Merkmale des Liberalismus sein.“²⁹ stellt keinen korrekten Widerspruch zu obiger Aussage dar, da darin von ‘Existenz’ und nicht von ‘Merkmalen’ die Rede ist.

Allerdings war die richtige Gewichtung der einzelnen liberalen Vorstellungen unter den einzelnen Liberalen recht umstritten, demzufolge die Bereitschaft von einzelnen Positionen abzuweichen unterschiedlich groß. So ist der ständige Wandel der Parteien, die relativ häufig auftretende Abspaltung von Gruppierungen und das erneute Fusionieren von sich wieder einander annähernden politischen Vereinigungen nicht erstaunlich.

2.3 Vorstellung der wichtigsten liberalen Parteien 1871 - 1890

2.3.1 Deutsche Fortschrittspartei

Die Deutsche Fortschrittspartei wird allgemein als erste moderne Partei gesehen, denn 1861 gegründet verpflichtete sie als erste ihre Abgeordneten auf ein Wahlprogramm. Programmatische Grundsatzentscheidungen und Fraktionszwang waren vor 1861 unbekannt, doch während des Wahlkampfes im September dieses Jahres veröffentlichte die Deutsche Fortschrittspartei ihr Programm und war somit bereits bei der Wahl - und nicht erst durch einen Zusammenschluß im gewählten Parlament - als Partei erkennbar.³⁰

Die sozialen Strukturen der Deutschen Fortschrittspartei lassen sich - nach Gustav Seeber - folgendermaßen darstellen: „Die Partei vertrat sowohl Schichten der Bourgeoisie als auch des Kleinbürgertums. Neben einigen Vertretern, die mit der großen Industrie liiert waren, fanden sich vor allem mittlere Kapitalisten, Teile der Intelligenz - Rechtsanwälte, Ärzte, kleine und mittlere Beamte - in dieser Partei zusammen [...]“³¹, wobei die Angehörigen des Kleinbürgertums zu den politisch führenden Kräften gehörten.³² Dem entspricht - allerdings gröber betrachtet - die Einschätzung Offermanns.³³

Die Fortschrittspartei wandte sich entschieden gegen die Erhebung neuer Steuern, gegen Einführung des Schutzzollsystems, gegen die Verabschiedung von Ausnahmegesetzen und gegen das Betreiben einer staatlichen Sozialpolitik.³⁴ Sie betrieb also vorrangig negative Politik.

²⁸ Döhn 1977, S. 12

²⁹ Schiller 1978, S. 16

³⁰ Offermann 1988, S. 112 f. u. 117 f.

³¹ Seeber 1965, S. 3

³² Ebd., S. 32

³³ Offermann 1988, S. 117

³⁴ Müller 1952, S. 17

2.3.2 Nationalliberale Partei

Noch zu Zeiten des Preußischen Abgeordnetenhauses kam es im Rahmen des Heeres- und Verfassungskonflikt (genauer: bei der Behandlung des Indemnitätsgesuches Bismarcks) zum Austritt etlicher Abgeordneter aus der Fortschrittspartei. Sie wollten von der rein negativen Politik der Opposition zur Zusammenarbeit mit der Regierung (d.h. zu dieser Zeit: dem Ministerium Bismarck) übergehen und konstituierten sich im November 1866 als 'Fraktion der nationalen Partei'. Zu Beginn der konstituierenden Sitzung des Reichstages des Norddeutschen Bundes, am 28.2.1867, vereinigten sich diese Altpreußen mit den liberalen Abgeordneten der neuen preußischen Provinzen und der Bundesstaaten zur Nationalliberalen Partei.³⁵ Zu denjenigen, die die 'Fraktion der nationalen Partei' bildeten, gehörten u.a. Karl Twesten, Ludwig Bamberger und Eduard Lasker.³⁶

Trotz der häufig sehr engen Zusammenarbeit mit Bismarck und den damit verbundenen Richtungswechseln in Einzelfragen, gab es ein immer erhalten gebliebenes, verbindendes Ziel der Nationalliberalen. Dieses war „[...] ein politischer Ausbau des Reiches, der eine freie Entfaltung der großkapitalistischen Betriebe und Banken garantierte und zugleich einen starken Schutz vor demokratischen und sozialistischen Kräften bot.“³⁷ Zur Erreichung dieses Zieles waren sie bereit Kompromisse in Einzelfragen einzugehen, denn schon von ihrer Gründung an wurde „[f]ür die Männer, die sich in der neuen nationalen Partei des Liberalismus zusammenfanden, [...] der Zwang zum Verzicht auf die Verwirklichung alter liberaler Prinzipien durch die Befriedigung ihrer nationalen Wünsche sowie durch die begründete Aussicht auf eine wirksame Beteiligung an der liberalen Gesetzgebung ausgeglichen.“³⁸

Die Nationalliberale Partei erlebte jedoch während der Ära Bismarcks eine starke soziale Strukturveränderung: „Während bis 1878 die Abgeordneten [...] in überwiegendem Maße aus den Kreisen des liberalen akademischen Bürgertums kamen (vor allem freie Berufe, Lehrpersonen, Staats-, Kommunal- und Justizbeamte) und die Fraktionsmitglieder aus Handel und Industrie sich auf Kaufleute und Fabrikanten gleichmäßig verteilten, wurden ab 1878 die Großindustrie und das Großkapital vorherrschend [...]“³⁹. Diese sozialen Verschiebungen führten zu Veränderungen der Interessengewichtung, und in deren Folge kam es zu Abspaltungen. „Nach dem Ausscheiden der Linken [28. August 1880] trat die in der Nationalliberalen Partei verbliebene Gruppe unter Führung Miquels auf die Seite der industriellen und agrarischen Schutzzöllner und übernahm das Wirtschafts- und Sozialprogramm der gemäßigten Konservativen.“⁴⁰

2.3.3 Liberale Vereinigung

Der linken Flügel der Nationalliberalen erkannte, daß die ständigen Kompromisse mit dem Kanzler den Liberalismus allmählich kompromittierten und die eigenen Ideale eher in die Opposition gehörten. Mit Eduard Lasker, der dies als erster offen aussprach und 1880 aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion austrat, begann die sogenannte 'Sezession' der 'entschiedenen Liberalen'.⁴¹

³⁵ Mayer 1917, S. 173 - 175

³⁶ Winkler 1978, S. 7 u. 23

³⁷ Seeber 1965, S. 3

³⁸ Bussmann 1958, S. 556

³⁹ Müller 1952, S. 17

⁴⁰ Matthes 1953, S. 338a

⁴¹ Winkler 1978, S. 22 f. Interessant ist, daß Winkler die Bezeichnung 'entschiedene Liberale' schon für die Gründungsmitglieder der Deutschen Fortschrittspartei verwendete (Winkler 1978, S. 6).

Die aus der Nationalliberalen Partei Ausgeschiedenen formierten sich in der neuen Partei Liberale Vereinigung, die sich wieder der linksliberalen Fortschrittspartei annähern sollte.⁴² Und „nach dem Scheitern der Bemühungen um eine große, das gesamte liberale Bürgertum umfassende Partei, [schloß sie sich] im März 1884 mit den Fortschrittlern zur Deutsch-Freisinnigen Partei zusammen.“⁴³

2.3.4 Deutsche-Freisinnige Partei

Aus dem Zusammenschluß der Liberalen Vereinigung mit der Deutschen Fortschrittspartei entstand 1884 die Deutsche-Freisinnige Partei. Sämtliche ihrer Abgeordneten waren Akademiker, die eine oppositionelle und dogmatisch-liberale Politik vertraten: Für Gewerbefreiheit und gegen staatliche Sozialpolitik.⁴⁴ Denn „[u]nter der Führung Eugen Richters wählte diese Partei die Linie der schärfsten Opposition und übernahm mit dem Freihandelsdogma zugleich die der Sozialgesetzgebung Bismarcks feindlichen Sozialanschauungen des englischen Manchestertums der 30er und 40er Jahre des Jahrhunderts.“⁴⁵

2.3.5 Deutsche Volkspartei

In der Deutschen Volkspartei fand das Kleinbürgertum eine eigene Interessenvertretung,⁴⁶ und ist damit die einzige liberale Partei, die nicht zwischen den auseinandergehenden Interessen der unterschiedlichen - in ihr vereinigten - sozialen Gruppen balancieren mußte. Dieses stellt aber nicht die eigentliche Besonderheit der Deutschen Volkspartei im Spektrum der Liberalen dar, grundsätzlich abweichend ist vielmehr, daß diese Partei schon bei ihrer Gründung 1868 die Forderung nach einer staatlichen Arbeiterversicherung und einer Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter erhob.⁴⁷ Rudi Müller versucht diese Abweichung vom typischen liberalen Denken aus der besonderen parteipolitischen Stellung der Deutschen Volkspartei zu erklären, so hatten - nach seiner Meinung - die führenden Politikern erkannt „[...], daß diese links vom bürgerlichen Liberalismus stehende Partei, die vor allem außerhalb Preußens, im westlichen und südwestlichen Deutschland, auf großdeutscher Grundlage, [...], nur unter energischer Heranziehung der Arbeitermassen zu Kräften gelangen könnte, wozu jedoch ein arbeiterfreundliches Programm die Voraussetzung war.“⁴⁸ Den größten Einfluß innerhalb der Deutschen Volkspartei dürfte Julius Haußmann ausgeübt haben, der schon Mitbegründer der württembergischen Demokratischen Volkspartei - dem Vorläufer der Deutschen Volkspartei - war.⁴⁹

⁴² Müller 1952, S. 18. Laut Mayer handelte es sich bei der Kerntruppe der aus der Nationalliberalen Partei Ausgeschiedenen um die ehemaligen Mitglieder der Deutschen Fortschrittspartei (Mayer 1917, S. 174).

⁴³ Matthes 1953, S. 338a

⁴⁴ Müller 1952, S. 18

⁴⁵ Matthes 1953, S. 338a. Auch Seeber stellt fest, daß die ehemaligen Sezessionisten zunehmend die Politik der Deutschen Freisinnigen Partei bestimmten (Seeber 1965, S. 148 - 152)

⁴⁶ Seeber 1965, S. 3

⁴⁷ Müller 1952, S. 20

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Fenske 1992, S. 475. Fenske beruft sich dabei auf: Friedrich Henning, Die Haußmanns. Die Rolle einer schäbischen Familie in der deutschen Politik des 19. und 20. Jahrhunderts, Gerlingen 1988.

3 Zu ‘der sozialen Frage’

3.1 Allgemeine Betrachtungen zu ‘der’ sozialen Frage

Rainer Koch gelangt bei seiner Beschäftigung mit der Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts zu interessanten, neuen Gesichtspunkten. Im Gegensatz zu der gängigen Meinung, daß die Industrialisierung zu dem Massenelend des Proletariats geführt hat, vertritt er die Auffassung, daß die Industrialisierung die vorindustrielle Massenarmut beendete. Das Zustandekommen der gängigen Fehleinschätzung erklärt er durch den einseitigen Vergleich der Lebenssituation der Arbeiter während der Phase der Industrialisierung mit den Standards höher entwickelter Systeme, bei dem die Betrachtung des Elends „[...] des Millionenheeres der [durch die Entfeudalisierung] aus der relativen Sicherheit des feudalen Gutshofs herausgedrängten Landarbeiter, verelendeter Heurerlinge, Insten und Kleinbauern [...]“⁵⁰ vernachlässigt wird. Ohne diese Betrachtung ist allerdings schwer verständlich, weshalb die Landbevölkerung aus den ländlichen Regionen in die Städte zog. Nur die Annahme, daß die Lebensbedingungen auf dem Land noch schlechter waren, erklärt die Suche nach Arbeitsplätzen in der Industrie.

Die Tatsache, daß die ‘Arbeiterfrage’ zu ‘der’ sozialen Frage des 19. Jahrhunderts werden konnte, deutet Rainer Koch demzufolge auch nicht als Beleg für die besonders drängenden Probleme des industriellen Proletariats, sondern als Zeichen, daß der Arbeiter „[...] physisch, sozial und intellektuell in der Lage war, [...] seine soziale Frage zu politisieren und zur allgemeinen Systemfrage zu erheben.“⁵¹ Es gab im 19. Jahrhundert aber eigentlich nicht *die* soziale Frage, sondern *drei* große soziale Fragen: die Agrarfrage, die Arbeiterfrage und die Mittelstandsfrage.⁵²

3.2 Gesellschaftsbild des Liberalismus und die Ablehnung ‘der sozialen Frage’

Die prinzipielle Leugnung ‘der sozialen Frage’ durch die meisten Vertreter der liberalen Bewegung läßt sich aus dem allgemeinen Gesellschaftsbild des Liberalismus erklären, denn die Akzeptanz der ‘sogenannten Arbeiterfrage’ erforderte einen Bruch mit liberalen Grundvorstellungen.

Als wichtigste fundamentale Anschauung des Liberalismus begreift J. Salwyn Schapiro die Überzeugung, daß „[...] der Mensch seinem Wesen nach gut sei.“⁵³ Dieser Ansatz führt zu einem Vertrauen auf den guten Willen des Menschen: Der Liberalismus glaubt daran, daß der Durchschnittsmensch sich in Bezug auf das Allgemeinwohl kooperativ zu verhalten geneigt ist, wenn er nicht durch die Angst vor „[...] Ungesicherheit und Ungerechtigkeit [...]“⁵⁴, die aus einer schlechten Gesellschaftsordnung resultiert, zu anderem verleitet wird.⁵⁵ „Davon ausgehend wurde es die große Aufgabe des Liberalismus, eine Gesellschaftsordnung zu errichten, die den Menschen von den immer drängenden Ängsten befreite, indem sie Sicherheit für sein Leben, sein Eigentum und seine Überzeugungen garantierte und sein materielles und soziales Wohl förderte.“⁵⁶

⁵⁰ Koch 1986, S. 20

⁵¹ Ebd.

⁵² Ebd., S. 20 f.

⁵³ Schapiro 1985, S. 22.

⁵⁴ Ebd., S. 23

⁵⁵ Ebd., S. 22 f.

⁵⁶ Ebd., S. 23

Die grundsätzliche Annahme einer positiven Natur des Menschen, die nur durch negative Einflüsse von außen überlagert werden kann, hätte dazu führen können, daß die Liberalen sich bemühen, die Menschen mittels staatlicher Interventionen vor sozialen Notlagen zu schützen. Ein weiteres grundlegendes Ideal des Liberalismus ist jedoch die freie Entfaltung des Individuums, die nicht durch staatliche Eingriffe eingeschränkt werden darf. Als eine der 'ideengeschichtlichen Barrieren' für eine soziale Ausrichtung des Liberalismus sieht Günter Trautmann denn auch den Radikalindividualismus.⁵⁷ Wilhelm von Humboldt, einer der Begründer des deutschen Liberalismus,⁵⁸ versuchte denn auch die Grenzen der Wirksamkeit des Staates sozialphilosophisch zu bestimmen und entwickelte aus reinen Bildungs- und Selbstverwirklichungsinteressen des Individuums ein liberales Gesellschaftsbild, in dem eine strikte Nicht-Intervention des Staates vorgesehen ist.⁵⁹ Auch wenn Wilhelm von Humboldt im 19./20. Jahrhundert nur relativ schwach rezipiert wurde,⁶⁰ blieb neben der prinzipiell individualistischen Grundausrichtung auch die Ablehnung staatlicher Interventionen in großen Teilen des Liberalismus erhalten. Vor allem die Ablehnung staatlicher Interventionen zu Gunsten einer gesellschaftlichen Gruppierung war verbreitet, denn der Liberalismus kam nicht mit der hinter der sozialen Frage stehenden Klassenfrage zu recht. Während des 18. Jahrhunderts waren die Liberalen besonders in Deutschland hart gegen die Kastenvorrechte des Feudalsystems eingetreten. Der Liberalismus hatte dafür gekämpft, das System privilegierter Klassen und privilegierter wirtschaftliche Gruppen aufzuheben, und wählte sich erfolgreich. Die Hauptfunktion eines Rechtsstaates und einer rechtsstaatlichen Regierung war, die Freiheit des Individuums dadurch zu schützen, daß Klassengesetzgebungen, sowohl Begünstigung als auch Diskriminierung spezieller Gruppen, unterbunden wurden.⁶¹ Dahinter stand die liberale Vision der Gleichheit aller Menschen und die Überzeugung, „[...] daß Gleichheit vor dem Gesetz alle Menschen zu Angehörigen der gleichen Klasse machte.“⁶² Das Proletariat, für das dieselben Gesetze galt wie für den Rest der Gesellschaft, konnte deshalb von den Liberalen nicht als Klasse anerkannt werden. Hinzu kommt noch, daß man außerdem am „[...] Märchen von der Interessenvertretung des gesamten Volkes durch die liberalen Parteien“⁶³ festhalten wollte, welches aber nur mittels der „[...] These, daß es keinen antagonistischen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat gebe und geben könne“⁶⁴ möglich war.

3.3 Einfluß des Manchestertums auf den Umgang mit 'der sozialen Frage'

Im vorherigen Kapitel wurde versucht, argumentativ nachzuvollziehen, weshalb kein Liberaler *die* soziale Frage anerkennen konnte. Es sei jedoch noch einmal daran erinnert, daß es auch *die* einheitliche liberale Einstellung niemals gab. Bevor nun auf den Einfluß des Manchestertums eingegangen wird, soll deshalb vorausgeschickt werden, „[...] daß die dem heutigen politischen Denkschema geläufige Verbindung von Liberalismus und Manchestertum eine außerordentlich grobe Vereinfachung ist [...]“⁶⁵

⁵⁷ Trautmann 1986, S. 39

⁵⁸ Döhn 1977, S. 15

⁵⁹ Trautmann 1986, S. 39

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Schapiro 1985, S. 26 - 31

⁶² Ebd., S. 26

⁶³ Seeber 1965, S. 36

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Matthes 1953, S. 1

Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß viele einflußreiche Politiker der liberalen Parteien in Kontakt mit manchesterlichen Ideen kamen, denn John Prince-Smith warb in der Zeit von seiner Übersiedlung nach Preußen im Jahre 1834 bis zu seinem Tode unerschöpflich für die Lehren der englischen Freihandelsbewegung, die er durch die Übertragung der Ideen Frederic Bastiats auf deutsche Verhältnisse ergänzte.⁶⁶ Dadurch und durch die Gründung des 'Deutschen Freihandelsvereins' wurde er zum 'Schöpfer des deutschen Manchestertums', das die wirtschafts- und sozialpolitische Anschauungen vieler führender Mitglieder aller liberalen Parteien beeinflusste.⁶⁷ So waren z.B. Ludwig Bamberger, Eugen Richter und H.B. Oppenheim nicht nur regelmäßige Teilnehmer an dem von Prince-Smith gegründeten und fast jährlich durchgeführten 'Kongress deutscher Volkswirte', sondern auch Mitglieder der von Prince-Smith geleiteten 'Volkswirtschaftlichen Gesellschaft'.⁶⁸

Sozialpolitisch vertraten die Anhänger der Freihandelschule die Ansicht, daß das Prinzip des Laisser-faire die industriegesellschaftlichen Lohnfragen durch zunehmende Kapitalproduktivität selbst lösen würde, und damit eine spezielle Sozialpolitik überflüssig wäre.⁶⁹ Es erfolgte eine Reduktion der sozialen Frage auf eine reine Lohnfrage: „Die Frage ist keine politische, sondern eine wirtschaftliche.“⁷⁰ John Prince-Smith erklärte die 'sogenannte Arbeiterfrage' sogar zum 'volkswirtschaftlichen Pseudoproblem'.⁷¹ Er übertrug den Harmoniegläubigen, also den 'völlig freien Verkehr' als das 'einzig wahre organisatorische Prinzip', auf die Sozialpolitik und sah in der Not der unteren Bevölkerungsschichten nur 'eine natürliche Erscheinung'.⁷²

Während Hans Edgar Matthes die Auffassung vertritt, daß sich zwar die Freihandelslehre nicht allgemein durchsetzen konnte, die Sozialanschauungen des Manchestertums aber „[v]ollen Eingang in die Ideologie der liberalen Gruppen fanden [...]“⁷³, meint Günter Trautmann, daß „[...] Prince-Smith, J. Faucher, Michaelis und Eras mit dieser prinzipiellen Leugnung sozialpolitischer Probleme [sogar] eine umstrittene Position in [nerhalb] der Freihandelschule einnahmen.“⁷⁴ Abgesehen von der speziellen Frage, ob alle Freihändler die Sozialanschauungen des 'Schöpfers des deutschen Manchestertums' teilten, mutet es zumindest seltsam an, bei der sonstigen Heterogenität der liberalen Parteien, die Übernahme einer einzigen Doktrin von allen Liberalen zu behaupten. Entsprechend dieser Überlegung schreibt Rudi Müller: „Der doktrinaire Standpunkt hatte dabei nur ganz vereinzelt am Beginn der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts bei Abgeordneten der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen Partei Anklang gefunden.“⁷⁵

Der Einfluß des Manchestertums dürfte somit für die allgemeine Ablehnung 'der' sozialen Frage nicht entscheidend gewesen sein. Obwohl die von Freihandelsvertretern verbreiteten Lehren Bastiats einigen Liberalen zusätzliche Argumente geliefert hat, gab es - wie schon in Kapitel 3.2 beschrieben - genügend in der liberalen Geschichte verwurzelte, grundsätzliche Schwierigkeiten.

⁶⁶ Matthes 1953, S. 51

⁶⁷ Ebd., S. 52 f.

⁶⁸ Matthes 1953, S. 53. Zum Einfluß des 'Kongresses deutscher Volkswirte', zu den politisch-ökonomischen Ansichten seiner Vertreter und zu der Idolisierung Bastiats in diesen Kreisen siehe auch: Seeber 1965, S. 33 f.

⁶⁹ Trautmann 1986, S. 42 f., ähnlich: Müller 1952, S. 10

⁷⁰ Schulze-Delitzsch, Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus, zit. n. Seeber 1965, S. 35

⁷¹ Trautmann 1986, S. 43. Trautmann bezieht sich dabei auf: John Prince-Smith, Die sogenannte Arbeiterfrage, in: Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft und Culturgeschichte, 1864, Teil 4, S. 196.

⁷² Matthes 1953, S. 54

⁷³ Ebd., S. 56

⁷⁴ Trautmann 1986, S. 43

⁷⁵ Müller 1952, S. 19

4 Zu den Konsequenzen für den Umgang mit den sozialen Problemen

4.1 Liberale Lösungsstrategien und dabei auftretende Problematiken

4.1.1 Ausdehnung der Armenfürsorge

Während Florian Tennstedt in seinem Buch 'Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland' behauptet, daß der Liberalismus keine Konzeptionen zur Bewältigung der gesellschaftlichen Problematiken entwickelte und lediglich eine Ausdehnung der Armenfürsorge propagierte („Für die Existenzsicherung der armen Arbeiterbevölkerung fällt den liberalen Regierungen und den ihren Vorschlägen folgenden Parlamentariern des Norddeutschen Bundes und später des Deutschen Reiches tatsächlich nichts weiter ein als die Verallgemeinerung des »preußischen Modells« für Armenpflege und Freizügigkeit von 1842/55.“⁷⁶) lassen sich durchaus einige weitergehende Bemühungen von Liberalen erkennen, die sozialen Probleme zu lindern. Tatsächlich kann die Ausdehnung der Armenfürsorge maximal ein kurzfristig eingeräumtes Notprogramm angesichts des Elends der Massen gewesen sein, denn die daraus entstehende Abhängigkeit widerspricht jeglichen liberalen Idealen. Das Maximum zulässiger staatlicher Intervention ist 'Hilfe zur Selbsthilfe'. So kam es zur Einrichtung von Bildungsvereinen, zur Förderung von Genossenschaften und Gewerkschaften.

4.1.2 Bildungsvereine

Die Überzeugung, „[...] daß Bildung zur Veredelung des einzelnen Menschen und zur Humanisierung des gesellschaftlichen Lebens beitrage“⁷⁷ ist genuin liberal. Wert und Nutzen der Bildung wurde von den Liberalen insgesamt als sehr hoch eingeschätzt, nach und nach wurde ihre Bedeutung auch für die Arbeiter erkannt.⁷⁸ Naheliegend war es daher, zu versuchen die Lösung der 'sozialen Frage' durch eine Verbesserung der Bildungswesens zu erreichen.⁷⁹ Denn „[a]n die Stelle einer berufsständischen oder durch ererbte Privilegien vorgegebenen Hierarchie tritt [im 19. Jahrhundert] ein durch Besitz, Stellung im Produktionsprozeß und Bildungsniveau definiertes, prinzipiell durchlässiges soziales Gefüge.“⁸⁰ Bildung konnte dem Einzelnen also direkt zu sozialem Aufstieg (Bildungsbürgertum) verhelfen, oder aber indirekt über die - aufgrund der besseren Ausbildung - größeren Chancen besserbezahlte, verantwortungsvollere Positionen in den Betrieben übernehmen zu können. Deshalb hieß es auch: „»Volksbildung« ist »Volksbefreiung«“⁸¹.

Ein Liberalen willkommener Nebeneffekt des Einsatzes der Bildungsvereine war, die liberale Bewegung auf eine breitere gesellschaftliche Basis stellen zu können, denn Bildung kann niemals nur auf reine Wissensvermittlung begrenzt sein. So beschreibt James J. Sheehan Bildungsvereine als „[...] Organisationen, die sich der Verbreitung bürgerlicher Tugenden und liberaler Ideen unter den ihnen würdig erscheinenden Angehörigen der niedrigeren Schichten verschrieben hatten.“⁸²

⁷⁶ Tennstedt 1981, S. 143

⁷⁷ Bussmann 1958, S. 551

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Winkler 1979, S. 14 f.

⁸⁰ Göhler/Klein 1993, S. 261

⁸¹ Sheehan 1988, S. 38

⁸² Ebd.

4.1.3 Genossenschaften

Genossenschaftliche Organisationen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts unter Führung Liberaler entstanden, waren Produktiv-, Rohstoff- und Magazingenossenschaften, sowie Kreditvereine.⁸³

Der Zusammenschluß von Handwerkern und Bauern zu Genossenschaften sollte dazu dienen, handwerkliches Können, betriebswissenschaftliche Rationalität und Kreditfähigkeit zu verbinden, um Unternehmensgründungen zu ermöglichen.⁸⁴ Diese Assoziations-Idee war nicht neu; schon seit dem Vormärz versuchte man die Auflösung der ständischen Wirtschaftsformen (Zünfte) durch die Bildung verschiedenartigster Zusammenschlüsse zu kompensieren. Richtig verstärkt wurde das Interesse an gemeinschaftlicher Zusammenarbeit jedoch erst durch das Aufkommen des Fabrikwesens, denn das Handwerk hatte zunehmend Probleme dem Konkurrenzdruck von Seiten der Industrie widerstehen zu können.⁸⁵ „Die Kreditvereine versorgten das Handwerk mit für Investitionen notwendigen Geldern; [...] Rohstoffgenossenschaften dienten Handwerkern zur gemeinsamen, billigeren Beschaffung von Rohstoffen en gros und in gemeinsam gemieteten oder erworbenen Magazinen konnten die Waren gelagert werden.“⁸⁶

Es wurde mit der genossenschaftlichen Idee aber nicht nur die Hebung der Lage des Handwerks angestrebt, sondern eine gesamtgesellschaftliche Reform. Die Produktivgenossenschaften sollten Arbeiter und Unternehmer gleichstellen, den Gegensatz von Hand- und Kopfarbeit aufheben und die gerechte Verteilung der Früchte der Produktion zwischen Arbeit und Kapital anbahnen. Auf diese Weise würde - so die dahinterstehende Überzeugung - durch den aufgrund der Gewinnbeteiligung größeren Anreiz die Produktivität steigen. Darauf muß - ökonomisch zwingend - ein wirtschaftliches Wachstum folgen, welches die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöht, und - gemäß den Regeln von Angebot und Nachfrage - auch die Erhöhung der Löhne weiterhin unselbständiger Arbeiter nach sich zieht. Außerdem sollten die Kreditvereine als Sparvereine für die noch abhängigen Arbeiter eine Vorstufe zur Assoziation bieten.⁸⁷

Diejenigen, die sich besonders engagiert für die in den vorherigen Absätzen skizzierte Konzeption einsetzten, waren Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen.⁸⁸ Ihre Idee der organisierten genossenschaftlichen Selbsthilfe fand in den Reihen der Liberalen Unterstützung, wurde auf diese Weise doch versucht, die Not zu lindern ohne das liberale Prinzip der selbständigen Persönlichkeit anzutasten.⁸⁹ Doch die genossenschaftliche Entwicklung in Deutschland blieb weit hinter ihren Erwartungen zurück. Produktiv-, Rohstoff- und Magazingenossenschaften entstanden kaum, nur die Kreditvereine erlebten regen Zulauf. Diese Kreditvereine entwickelten sich jedoch entgegen der ursprünglichen Intention: Aufgrund der innerhalb der Vereine geltenden unbeschränkten Solidarität kam es zu Spannungen zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen. Die Folge war nicht die Hebung der materiellen Lage und die Integration der unteren Schichten, sondern deren Ausgrenzung, denn die finanzstärkeren Mitglieder wollten sich die Vorteile der genossenschaftlichen Organisation zunutze machen, ohne mit ihrem Vermögen für die finanzschwächeren eintreten zu müssen.⁹⁰

⁸³ Aldenhoff 1986, S. 63

⁸⁴ Koch 1986, S. 28

⁸⁵ Aldenhoff 1986, S. 58 - 61

⁸⁶ Ebd., S. 61

⁸⁷ Ebd., S. 60 - 62

⁸⁸ Koch 1986, S. 28

⁸⁹ Bussmann 1958, S. 550 f.

⁹⁰ Aldenhoff 1986, S.63 - 65

Das insgesamt mangelnde Interesse der Arbeiterschaft an der genossenschaftlichen Organisation könnte im Beharren Hermann Schulze-Delitzsch am Prinzip der ausschließlichen Selbsthilfe begründet liegen.⁹¹ Denn Hermann Schulze-Delitzsch klammerte in seinem Modell explizit jegliche sozialstaatliche Interventionen aus und stellte die Grundregeln der reinen Marktwirtschaft niemals in Frage.⁹²

4.1.4 Gewerkschaften

Max Hirsch, Mitglied der Fortschrittspartei und im Ausschuß des VDAV, gründete 1868 die unpolitischen Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine, „[...] »welche die Harmonie der Interessen das [sic.] Kapitals und der Arbeit in den Vordergrund stellen und zu allmählicher friedlicher Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter führen sollen.«⁹³ Diese Gewerkschaftskonzeption findet zunächst in der Arbeiterschaft rege Zustimmung: 45 % der nominellen Gewerkschaftsmitglieder finden sich in den sozialliberalen Gewerkvereinen. Erst der Waldenburger Streik zeigte, wie wenig die idealistisch-harmonistische Ausgleichskonzeption im Konfliktfall ausrichten konnte.⁹⁴

Die „[...] ‘Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine’, der liberale Flügel der deutschen Arbeiterbewegung, bl[ie]ben an politischem Gewicht bald hinter den sozialistischen und katholischen Gewerkschaften zurück.“⁹⁵

Ein weiterer Vertreter der Gewerkschaftsidee in Deutschland war Lujo von Brentano. Als strikter Anti-Interventionist entwickelte er einen rein marktwirtschaftlichen Sozialliberalismus. Lujo von Brentano übernahm von englischen Ökonomen die ‘Funktionsbestimmung der Gewerkschaften als Angebotsregulatoren von Arbeitskraft’, dadurch wollte er den von ihm erkannten ‘unternehmerischen Organisationsvorsprung am Arbeitsmarkt’ kompensieren. Um die Umsetzung zu realisieren wurden Vereinbarungs- und Schiedssysteme benötigt: Arbeitskammern sollten die Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern verbindlich schlichten und Lohnfragen sowie Arbeitsbedingungen auf dem kollektiven Vereinbarungswege regeln. Auf diese Weise wollte Lujo von Brentano sowohl den Interessen der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgebern entgegenkommen: Den Arbeitern sollte durch die gewerkschaftliche Vereinigung eine Möglichkeit zur Mitgestaltung der Lohnpolitik gegeben werden, die eine Durchsetzung am Produktivitätszuwachs orientierter, berechtigter Lohnsteigerungen ermöglicht. Den Unternehmern die Vermeidung streikbedingter Produktivitätsverluste in Aussicht gestellt sein.⁹⁶

Daß dieses - im Prinzip heute noch gültige - Ideal der Gewerkschaften zur Zeit der Industrialisierung nicht funktionierte, lag an dem Ausmaß der ungleichen Kräfteverteilung zwischen Arbeitern und Unternehmern, die nur durch - von Lujo von Brentano jedoch abgelehnten - Staatsinterventionen hätte überwunden werden können.

⁹¹ Winkler 1979, S. 17. Laut Seeber bekannte sich Schulze-Delitzsch als Schüler Bastiat's (Seeber 1965, S. 34).

⁹² Aldenhoff 1986, S. 60.

⁹³ zit. n. Tennstedt 1981, S. 134, leider ohne Literaturangabe.

⁹⁴ Tennstedt 1981, S. 132 - 134

⁹⁵ Winkler 1979, S. 17

⁹⁶ Trautmann 1986, S. 51 f.

4.2 Stellung der liberalen Parteien zu Bismarcks Sozialpolitik

4.2.1 Problematik der sozialpolitischen Vorstellungen Bismarcks

Die sozialpolitischen Vorstellungen Bismarcks wurzelten sicherlich - zumindest zu einem großen Teil - in seiner Abstammung von einem altmärkischen Geschlecht, denn damit war die Armenpflege für ihn nicht ausschließlich negativ besetzt. So schreibt Henry Ernest Sigerist 1943 in seinem Aufsatz 'Von Bismarck bis Beveridge. Entwicklungen und Richtungen in der Gesetzgebung der Sozialversicherung', daß Bismarck „[...] und seine Freunde in der konservativen Partei [...] den feudalherrschaftlichen Standpunkt der Armut gegenüber [vertraten]. Ihrer Meinung nach war es die Pflicht des Magnaten, den Armen zu helfen, und da sie in ihrer philosophischen und politischen Einstellung auch dem Protestantismus verbunden waren, nannten sie dies die christliche Haltung. Sie identifizierten sich mit dem Staat - der Monarch gehörte ihrer Klasse an - und unterstützten daher Bestrebungen, daß der Staat Macht anwenden sollte, um den wirtschaftlich Schwachen soziale Sicherheit zu geben.“⁹⁷ In einer „[...] allgemeinen, nicht auf Diskriminierung angelegten Armenpolitik eines merkantilistischen Wohlfahrtsstaates [...]“⁹⁸ sah er das anzustrebende ideologische Vorbild.⁹⁹

Die Liberalen, denen zumindest das Hauptziel der Aufhebung aller Klassengegensätze gemeinsam war, konnten dieser patriarchalischen Haltung kaum zustimmen. Wenn man - wie die manchesterlich orientierten unter den Liberalen - zusätzlich davon ausgeht, daß das Naturgesetz „[...]“, daß der Einzelne, von seinem Selbstinteresse, seinem Egoismus getrieben, nicht nur sein eigenes Vorwärtskommen begünstigt, sondern damit zugleich auch den Interessen der Gesamtheit dient [...]“¹⁰⁰, das Wirtschafts- und Sozialleben beherrscht, muß man auch in der „[u]neingeschränkte[n] Freiheit des Wirtschafts- und Erwerbslebens [...] die Voraussetzung des Wohlstands aller [...]“¹⁰¹ sehen. Ein Eingriff des Staates in das Wirtschafts- und Sozialleben stört diese uneingeschränkte Freiheit und mindert damit die Chancen zu einer Entwicklung zum Besseren, zum Wohlstands aller. Die Anhänger manchesterlicher Ideen mußten deshalb der positiven Sozialpolitik Bismarcks ablehnend gegenüberstehen, da diese aktive Eingriffe in den sich ihrer Meinung nach am Besten selbst regulierenden Markt vorsah. Die Deutsche Fortschrittspartei, bzw. später die Deutsche-Freisinnige Partei, die im Sinne der Freihandelslehre dogmatisch anti-interventionistisch eingestellt war, „[...] wurde denn auch zum eigentlichen Widersacher der modernen staatlichen Sozialpolitik Bismarcks [...]“¹⁰², die diese „[...] sogar als »Staatssozialismus« bekämpfte.“¹⁰³

Zudem hegten viele Parlamentarier (nicht nur die Liberalen), „[...] Befürchtungen vor einem starken Interventionsstaat, der sich gegen das Parlament richtet, weil die erhoffte Massenloyalität nicht dem Parlament, sondern dem monarchischen Prinzip zu gute käme.“¹⁰⁴ Daß diese Befürchtungen ihre Berechtigung hatten, läßt sich im weiteren Verlauf der Geschichte deutlich erkennen. So schreibt Allan Mitchell im Hinblick auf den größeren historischen Zusammenhang: „Langfristig barg der Interventionsstaat

⁹⁷ zit.n. Tennstedt 1981, S. 144, leider ohne Seitenangabe.

⁹⁸ Tennstedt 1981, S. 143

⁹⁹ Ebd., S. 143 - 145

¹⁰⁰ Matthes 1953, S. 170

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Koch 1986, S. 28

¹⁰³ Trautmann 1986, S. 45

¹⁰⁴ Tennstedt 1981, S. 146

eine große Gefahr. Gerade weil das Kaiserreich vielen Menschen, Bürgern wie Arbeitern, meßbare Fortschritte im Gesundheitswesen bescherte, zeigte sich das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit sehr anhänglich. Die fortwährende Bereitwilligkeit, den deutschen Interventionsstaat hinzunehmen, ja ihn zu billigen, war zwar im ausgehenden 19. Jahrhundert verständlich, erwies sich dann aber im frühen 20. Jahrhundert als verhängnisvoll.⁴⁰⁵ Die extreme Untertanenmentalität und Kaisertreue der Deutschen könnte darin ihren Ursprung, bzw. zumindest eine Verstärkung erfahren haben.

Die Aussöhnung und Verbundenheit der Arbeiter mit dem Staat könnten durchaus von Bismarck berücksichtigte Größen sein, denn er plante laut Florian Tennstedt „[...]“, daß durch die Arbeiterversicherung bestimmte Teile des Lohnes, die zur Sicherung gegen Arbeitsunfähigkeit bestimmt sind, zwangsweise der privaten Parteivereinbarung entzogen und einer öffentlich-rechtlichen Regulierung unterworfen werden. Von dieser zwangsweisen Beitragsaufbringung werden dann auch die direkten Rechtsansprüche und speziellen politischen Partizipationsrechte legitimiert, die die Arbeiterversicherung von der Armenfürsorge positiv abheben und gleichzeitig politisch erwünschte neue Sozialbindungen an den Staat schaffen.⁴⁰⁶ Also setzte er sich für die Durchsetzung der Arbeiterversicherungen ein, während er gleichzeitig die Enqueten zum Arbeiterschutz verzögerte, weil er erkannte, daß der Arbeiterschutz zwar auch „[...]“ staatliche Intervention voraussetzt, von ihm aber - anders als bei der Arbeiterversicherung - keine staatsbürgerliche Bindung ausgeht.⁴⁰⁷ Als sich Wilhelm II., der viel emotional determinierter war als der rational kalkulierende Bismarck, 1890 für die Einführung der Arbeiterschutzgesetze einsetzte, kam es denn auch zum Bruch, der mit dem Rücktritt Bismarcks endete.¹⁰⁸

4.2.2 Beteiligung der liberalen Parteien an der Sozialpolitik zur Zeit Bismarcks

Aus der im vorherigen Kapitel erläuterten grundsätzlichen Ablehnung der sozialpolitischen Vorstellungen Bismarcks eine Nichtbeteiligung der Liberalen an der Diskussion und Ausarbeitung der konkreten Gesetze abzuleiten, wäre falsch. Laut Rudi Müller kamen sogar „[...]“ die meisten Abänderungsanträge zu den Gesetzesvorlagen und die häufigsten Diskussionsbeiträge [...] von liberaler Seite.⁴⁰⁹ Denn nur durch eine aktive Beteiligung konnten die Liberalen hoffen, wenigstens einige der - dem liberalen Gedankengut zuwider laufenden - Aspekte abmildern zu können. So kann Wolfgang J. Mommsen bemerken, daß die Nationalliberalen „[...]“ erheblichen Einfluß auf wichtige Gesetzgebungsvorhaben des Reiches haben nehmen können, z.B. die Sozialversicherungsgesetzgebung der 80er Jahre, deren von Bismarck ursprünglich angestrebte obrigkeitlich-patriarchalischen Elemente weitgehend zugunsten liberaler[er] Grundsätze eliminiert wurden.⁴¹⁰

Man darf in diesem Zusammenhang weiterhin nicht vergessen, daß sich durch die parlamentarische Auseinandersetzung mit den Arbeiterversicherungen eine Alternative zur negativ ausgerichteten Sozialistengesetzgebung bot, die allmählich als auch dem Liberalismus schädlich erkannt wurde.¹¹¹

¹⁰⁵ Mitchell 1995, S. 241 f.

¹⁰⁶ Tennstedt 1981, S. 191 f.

¹⁰⁷ Ebd., S. 192

¹⁰⁸ Ebd., S. 195

¹⁰⁹ Müller 1952, S. 109

¹¹⁰ Mommsen 1988, S. 219

¹¹¹ Genaueres dazu: Müller 1952, S. 176 - 178 und Seeber 1965, S. 38 - 49.

4.2.3 Vorgeschichte der in den 80er Jahren eingeführten gesetzlichen Arbeiterversicherungen

Bevor auf die einzelnen Einwände der Liberalen eingegangen wird, sollen vorab die in den 80er Jahren geplante Arbeiterversicherungen (Kranken-, Unfall-, Renten- und Invaliditätsversicherung), samt ihren Vorläufern und den offiziellen Beweggründen Bismarcks zu ihrer Einführung, kurz vorgestellt werden:

Die gesetzliche Krankenversicherung war die Arbeiterpflichtversicherung, die zuerst in Angriff genommen wurde. Es gab in Deutschland schon lange Hilfskassen, die über Gesellenverbände und Knappschaften organisiert waren und dem Arbeiter im Falle von Krankheiten und Erwerbsunfähigkeit zur Seite standen. Der Beitritt zu diesen Hilfskassen war jedem einzelnen Arbeiter selbst überlassen, im Grunde also freiwillig. Die preußischen Gewerbeordnungen von 1845 und 1869 schrieben dementsprechend auch noch das Prinzip der freien Mitgliedschaft und freien Wahl der Krankenkasse fest.¹¹² Das Freiwilligkeitsprinzip erwies sich allerdings als relativ ineffektiv, da die meisten Arbeitslöhne so niedrig waren, daß der größte Teil der Arbeiter auf freiwillige, vorsorgende Beitragszahlungen verzichtete, weil das verdiente Geld ohnehin zur Versorgung der Familie kaum ausreichte. Eine weitere Minderung der Attraktivität des Beitritts gründete in der lokalen Organisation der Hilfskassen, derzufolge Ansprüche nach einem beruflich erzwungenen Ortswechsel - der gerade angesichts der erforderlichen Mobilität in der Zeit der Industrialisierung häufig war - nicht mehr eingefordert werden konnten. Hinzu kam, daß kleinere Hilfskassen häufig nicht in der Lage waren im wirklich eintretenden Schadensfall die dann entstehenden Kosten zu tragen und statt den bedürftigen, ehemaligen Beitragszahler zu unterstützen, Konkurs anmelden mußten.¹¹³ Die Zwangskassen dagegen boten den Vorzug, daß sie aufgrund einer breiteren Mitgliederbasis die Verwaltung effizienter gestalten und bessere Leistungen zuverlässig bieten konnten. Diese Überlegung stellte später die offizielle Begründung für die zunehmende Erhöhung des staatlichen Drucks zur Durchsetzung des Zwangsprinzips dar, der nach einer langen Phase der Koexistenz, in der Zwangs- und freiwillige Hilfskassen nebeneinander existierten, die Streitfrage zugunsten des Kassenzwanges entscheiden wollte.¹¹⁴

Die zweite der Arbeiterpflichtversicherungen war die gesetzliche Unfallversicherung. Ihr Vorläufer war das 1871 verabschiedete Reichshaftpflichtgesetz, welches die Unternehmer verpflichtete bei den Arbeitsunfällen, in denen die Unfallschuld beim Unternehmer lag, Entschädigungen an die verletzten Arbeiter zu zahlen. Da die Beweislast für das Verschulden des Arbeitgebers beim Arbeitnehmer lag und zudem nur im Falle ausreichender Liquidität des Unternehmens gezahlt werden mußte, brachte diese Regelung kaum eine Verbesserung der Situation der Arbeiter. Deshalb drängte Bismarck auf eine neue Form der Absicherung, nach der die Unternehmer Beiträge in eine staatliche Kasse einzahlen, aus der dann im Schadensfall die Entschädigungen an die verletzten Arbeiter ausgezahlt werden sollten, wobei sich das Reich daran mit einem Zuschuß beteiligen wollte.¹¹⁵

¹¹² Mitchell 1995, S. 229 f. Tennstedt behauptet allerdings davon abweichend, daß das Zwangsprinzip (Beitrittszwang für Lohnempfänger und Beitragsverpflichtung für Arbeitgeber) schon in den preußischen Allgemeine Gewerbeordnungen von 1845 und 1859 seinen Anfang nahm, verweist aber gleichzeitig darauf, daß die einzelnen Gemeinden von dem damit verliehen Recht zur Einführung des Kassenzwangs kaum Gebrauch machten (Tennstedt 1981, S. 169).

¹¹³ Tennstedt 1981, S. 166. Tennstedt zieht zum Beleg, daß es Konkurse in Folge von Krankheitsfällen gab, ein Beispiel aus Arnoldshain heran, welches er G. Schnapper-Arndt: Fünf Dorfgemeinden a.d. Hohen Taunus, Leipzig 1883 entnahm.

¹¹⁴ Mitchell 1995, S. 230 f.

¹¹⁵ Tennstedt 1981, S. 174 - 176

Das dritte Versicherungsbestreben, die Renten- und Invaliditätsversicherung, hatte keine Vorläufer. Eine zweite Arbeitsfreiphase (neben der Kindheit) war bis dahin undenkbar: Jeder hatte im Rahmen seiner Möglichkeiten zu arbeiten, konnte man nicht mehr voll arbeiten, übernahm man Aufsichts- oder Heimarbeiten. Nun sollten diejenigen, die aufgrund ihres Alters oder Invalidität nicht mehr arbeitsfähig waren, Geld vom Staat erhalten. Diese Pioniertat bildete den Abschluß der Sozialreform Bismarcks.¹¹⁶

Die folgende Erklärung Bismarcks zeigt, daß sein Bestreben, durch den Aufbau dieses Versicherungswesens eine vollständige soziale Absicherung der Arbeiter zu schaffen, nicht als humanitäre Einsicht aufgefaßt werden darf, sondern eine rational kalkulierte Erwiderung auf die Ausweitungen des sozialistischen Gedankengutes darstellt, die eine Alternative zum unbeliebten Sozialistengesetz bot: „Geben Sie dem Arbeiter Arbeit, solange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist, - wenn Sie das tun und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssozialismus schreien, sobald jemand das Wort >Altersversicherung< ausspricht, wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für die Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Wydener Programm ihre Lockpfeife vergebens blasen werden.“¹¹⁷

4.2.4 Stellung der einzelnen liberalen Parteien zu den gesetzlichen Arbeiterversicherungen

Neben den allgemeinen Vorbehalten der Liberalen gegenüber der Bismarckschen Sozialpolitik (siehe Kap.4.2.1) mußte vor allem der mit den Arbeiterversicherungen verbundene Zwangscharakter den Liberalen Probleme bereiten, widersprach dieses Zwangsprinzip doch dem Radikalindividualismus, der die Selbstbestimmung und uneingeschränkte Entfaltung des Individuums vorsah. Zudem äußerten Abgeordnete der einzelnen Parteien spezielle Einwände gegen die angestrebten Arbeiterversicherungen:

Max Hirsch, als Vertreter der Deutschen Fortschrittspartei, gab als wichtigstes Bedenken gegen den Aufbau der Versicherungen „[...] die Abhängigkeit der Versicherung vom Arbeitsverhältnis an, [...]. Der Arbeiter würde für alle Unfälle und Erkrankungen sowie Invalidität nicht an sich, sondern lediglich als Arbeitskraft versichert; mit dem Austritt aus dem Arbeitsverhältnis ende auch das Versicherungsverhältnis. Die Arbeiter seien somit nur Objekt, nicht aber Subjekt dieser «Klassengesetzgebung», [...]“¹¹⁸ Er sah darin „[...] eine Rückkehr zu patrimonialen Verhältnissen: der Arbeiter sei durch diese Gesetze der Willkür des Arbeitgebers, der überall bevormundend eingreifen könne, unterworfen.“¹¹⁹

Die Vertreter der Deutschen Volkspartei dagegen befürworteten prinzipiell „[...] eine staatliche Arbeiterversicherung, um den Arbeitern die Fürsorge und Hilfe der bestehenden Gesellschaft zu dokumentieren, wollte[n] aber dieses Versicherungswesen auch so aufgebaut wissen, daß es möglichst einen sozialistischen Charakter vermeidet und nicht die Unzufriedenheit der Arbeiter fördert [...]“¹²⁰. Sie bestanden auf „[...] eine reife Gesetzgebung, weshalb sie immer wieder davor warnten, die Versicherungsgesetze ohne gründlichste Durchberatung und Überholung zu verabschieden.“¹²¹

¹¹⁶ Tennstedt 1981, S. 181 - 185

¹¹⁷ zit.n. Tennstedt 1981, S. 181, leider ohne Literaturangabe.

¹¹⁸ Müller 1952, S. 102. Müller bezieht sich dabei auf Diskussionsbeiträge Hirschs am 21.4. und 22.5.1883 (St.B.Dt.Rt. 5.II.3, 2018 und St.B.Dt.Rt. 4.IV.1,679).

¹¹⁹ Siehe Fußnote 119.

¹²⁰ Ebd., S. 178

¹²¹ Ebd., S. 108. Müller bezieht sich dabei auf Diskussionbeiträge Sonnemanns am 15.5.1882 und 15.3.1884 (St.B.Dt.Rt. 5.II.1, 210 u. 213 und St.B.Dt.Rt. 5.IV.1, 78 u. 83).

So fanden auch die Nationalliberalen im ersten Entwurf der Unfallversicherung schwerwiegende Mängel und stimmten gegen diese Vorlage.¹²² Während die nationalliberalen Abgeordneten den Anfängen der Bismarckschen Sozialpolitik also noch skeptisch gegenüberstanden,¹²³ war die Mehrheit der Partei ab 1884 darauf eingeschworen, die Bismarckschen Pläne der Arbeiterversicherung rückhaltlos zu unterstützen, „[...] nicht, um damit die soziale Frage überhaupt zu lösen, wohl aber, um den gerechten Wünschen des Arbeiters nachzukommen und somit zur Förderung des sozialen Friedens beizutragen.“¹²⁴

Es läßt sich demzufolge kein einheitliches Bild der Akzeptanz der Arbeiterversicherungen innerhalb der liberalen Strömung festhalten, denn während die Linksliberalen absolut gegen die Einführung der gesetzlichen Arbeiterversicherungen antraten, unterstützten die Rechtsliberalen diese Pläne Bismarcks ab der Mitte der 80er Jahre vorbehaltlos. Die Deutsche Volkspartei steht zwischen diesen beiden Extremen

5 Fazit

Die in der Einleitung aufgeworfene Frage nach der Berechtigung des Vorwurfes, daß die liberalen Parteien sich zur Zeit des Deutschen Reiches unter Bismarck nicht um die Lösung der sozialen Probleme bemühten, soll nun beantwortet werden. Nachdem im 2. Kapitel geklärt werden konnte, daß es zumindest schwierig ist *den* Liberalismus des 19. Jahrhunderts zu bestimmen, und im 3. Kapitel die allgemeine Problematik der Reduzierung der sozialen Probleme der beginnenden Industrialisierung auf eine *einzig*e Fragestellung aufgezeigt, die hinzukommenden Argumente der Liberalen im Zusammenhang mit dem liberalen Gesellschaftsbild vorgestellt und die häufig genutzte einfache Erklärung mittels des Manchesterturns relativiert wurde, mußte zur Beurteilung der Berechtigung der Vorwürfe, im 4. Kapitel die politische Praxis begutachtet werden.

Es zeigte sich, daß es zwar richtig ist zu behaupten, daß sich die liberalen Gruppierungen nicht mit *der* sozialen Frage beschäftigten, aber falsch davon auf eine Ignoranz der mit der Industrialisierung einhergehenden gesellschaftlichen Probleme zu schließen. Denn zum einen kommt Rudi Müller in der Schlußbetrachtung seiner Dissertation zu dem Ergebnis: „Die intensive Auseinandersetzung liberaler Parlamentarier mit den einzelnen Fragen der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes [dies allerdings erst nach 1890] läßt eine eingehende Beschäftigung mit den großen Problemen des Soziallebens auch bei den liberalen Parteien erkennen, so daß man ihnen eine Ignorierung bzw. nachlässige Behandlung der Arbeiterfrage kaum nachweisen kann.“¹²⁵, was durch die Kapitel 4.2.2 und 4.2.4 dieser Arbeit Bestätigung findet. Zum anderen gab es - im Kapitel 4.1 genauer betrachtet - auch etliche außerparlamentarische Bemühungen Liberaler zur Verbesserung der Situation der Arbeiter, die sich im Aufbau der Bildungsvereine, Genossen- und Gewerkschaften zeigten. Die dabei eingeschlagenen Lösungsstrategien erwiesen sich zwar alle als nicht sonderlich effektiv, entsprangen aber den liberalen Grundüberzeugungen, weshalb den engagierten Liberalen unbesorgt beste Absichten unterstellt werden können.

Entgegen des untersuchten Vorurteils, kümmerten sich die Vertreter der liberalen Parteien also sehr wohl um soziale Probleme, nur nicht um die soziale Frage.

¹²² Ebd., S. 104. Müller bezieht sich dabei auf St.B.Dt.Rt. 4.IV.2, 1781-83.

¹²³ Ebd., S. 104

¹²⁴ Ebd., S. 104. Müller bezieht sich dabei auf Diskussionbeiträge Buhls am 15.3.1884 und 7.12.188 (St.B.Dt.Rt. 5.IV.1, 94 und St.B.Dt.Rt. 7.IV.1, 171).

¹²⁵ Müller 1952, S. 176

6 Literaturverzeichnis

6.1 Verwendete Literatur

- Aldenhoff**, Rita: Das Selbsthilfemodell als liberale Antwort auf die soziale Frage im 19. Jahrhundert. Schulze-Delitzsch und die Genossenschaften, in: Karl Holl / Günter Trautmann / Hans Vorländer (Hg.): Sozialer Liberalismus, Göttingen **1986**, S. 57 - 69
- Brandt**, Hartwig: Forschungsbericht. Zu einigen Liberalismusdeutungen der siebziger und achtziger Jahre (Abschluß des Manuskriptes Juli 1986), in: Geschichte und Gesellschaft 17 (**1991**), S. 512-530
- Bussmann**, Walter: Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 186 (**1958**), S. 527 - 557
- Döhn**, Lothar: Liberalismus, in: Franz Neumann (Hg.): Handbuch Politischer Theorien und Ideologien, erw. Fassung, Reinbek bei Hamburg **1977**, S. 9 - 64
- Döhn**, Lothar: Wirtschafts- und Sozialpolitik der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, in: Karl Holl / Günter Trautmann/ Hans Vorländer (Hg.): Sozialer Liberalismus, Göttingen **1986**, S. 84 - 107
- Fenske**, Hans: Der deutsche Liberalismus bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts. Literatur aus den Jahren 1987 - 1991, in: Historisches Jahrbuch 112/2 (**1992**), S. 457 - 481
- Gall**, Lothar: Liberalismus und 'Bürgerliche Gesellschaft'. Zu Charakter und Entwicklung der Liberalen Bewegung in Deutschland, Historische Zeitschrift 220 (**1975**), S. 325 - 356
- Göhler**, Gerhard / Ansgar **Klein**: Politische Theorien des 19. Jahrhunderts, in: Hans-Joachim Lieber (Hg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn ²**1993**, S. 259-656
- Klotzbach**, Kurt: Das Eliteproblem im politischen Liberalismus. Ein Beitrag zum Staats- und Gesellschaftsbild des 19. Jahrhunderts, Köln/Opladen **1966**
- Koch**, Rainer: Liberalismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert, in: Karl Holl / Günter Trautmann/ Hans Vorländer (Hg.): Sozialer Liberalismus, Göttingen **1986**, S.17 - 33
- Kott**, Sandrine: Gemeinschaft oder Solidarität? Unterschiedliche Modelle der französischen und deutschen Sozialpolitik am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (**1996**), S. 311 - 330
- Langewiesche**, Dieter: Deutscher Liberalismus im europäischen Vergleich: Konzeption und Ergebnisse, in: Dieter Langewiesche (Hg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen **1988**, S. 11 - 19
- Langewiesche**, Dieter: Liberalismus und Bürgertum in Europa, in: Jürgen Kocka (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. 3: Verbürgerlichung, Recht und Politik, Göttingen **1995**, S. 243 - 277
- Matthes**, Heinz Edgar: Die Spaltung der Nationalliberalen Partei und die Entwicklung des Linkliberalismus bis zur Aufklärung der Deutsch-Freisinnigen Partei (1878-1893). Ein Beitrag zur Geschichte der Krise des deutschen politischen Liberalismus, Ms. Diss., Kiel **1953**
- Mayer**, Eduard Wilhelm: Parteikrisen im Liberalismus und in der Sozialdemokratie 1866-1916, in: Preußische Jahrbücher 172 (1918), S. 171-179 [Mayer verstarb **1917**]
- Mitchell**, Allan: Bürgerlicher Liberalismus und Volksgesundheit im deutsch-französischen Vergleich 1870-1914, in: Jürgen Kocka (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. 3: Verbürgerlichung, Recht und Politik, Göttingen **1995**, S. 220 - 242

- Mommsen**, Wolfgang J.: Der deutsche Liberalismus zwischen 'klassenloser Bürgergesellschaft' und 'Organisiertem Kapitalismus'. Zu einigen neuen Liberalismusinterpretationen, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 77- 90
- Mommsen**, Wolfgang J.: Einführung: Deutscher und britischer Liberalismus. Versuch einer Bilanz, in: Dieter Langewiesche (Hg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988, S. 211 - 222
- Müller**, Rudi: Die Stellung der liberalen Parteien im Deutschen Reichstag zu den Fragen der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, Ms. Diss., Jena 1952
- Offermann**, Toni: Preußischer Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung im regionalen Vergleich. Berliner und Kölner Fortschrittsliberalismus in der Konfliktzeit, in: Dieter Langewiesche (Hg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988, S. 109 - 135
- Ritter**, Gerhard A.: Die deutschen Parteien 1830-1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985
- Schapiro**, J. Salwyn: Was ist Liberalismus?, übers. v. Anemone Brönnecke, in: Lothar Gall (Hg.): Liberalismus, 3. erw. Aufl., Königstein/Ts. 1985, S. 20 - 36
- Schiller**, Theo: Liberalismus in Europa, Hannover 1978
- Schwab**, Herbert: Aufstieg und Niedergang der Nationalliberalen Partei. Zur Geschichte des Nationalliberalismus in Deutschland 1864 - 1880, Ms. Phil. Habil., Jena 1968
- Seeber**, Gustav: Zwischen Bebel und Bismark. Zur Geschichte des Linksliberalismus in Deutschland 1871 - 1893, Berlin 1965
- Sheehan**, James J.: Wie bürgerlich war der deutsche Liberalismus?, übers. v. Adelheid Baker, in: Dieter Langewiesche (Hg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988, S. 28 - 44
- Tennstedt**, Florian: Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zum 1. Weltkrieg, Göttingen 1981
- Trautmann**, Günter: Die industriegesellschaftliche Herausforderung des Liberalismus. Staatsintervention und Sozialreform des 18./19. Jahrhunderts, in: Karl Holl / Günter Trautmann/ Hans Vorländer (Hg.): Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986, S. 34 - 56
- Winkler**, Heinrich August: Vom linken zum rechten Nationalismus. Der deutsche Liberalismus in der Krise von 1878/79, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 5-28
- Winkler**, Heinrich August: Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979

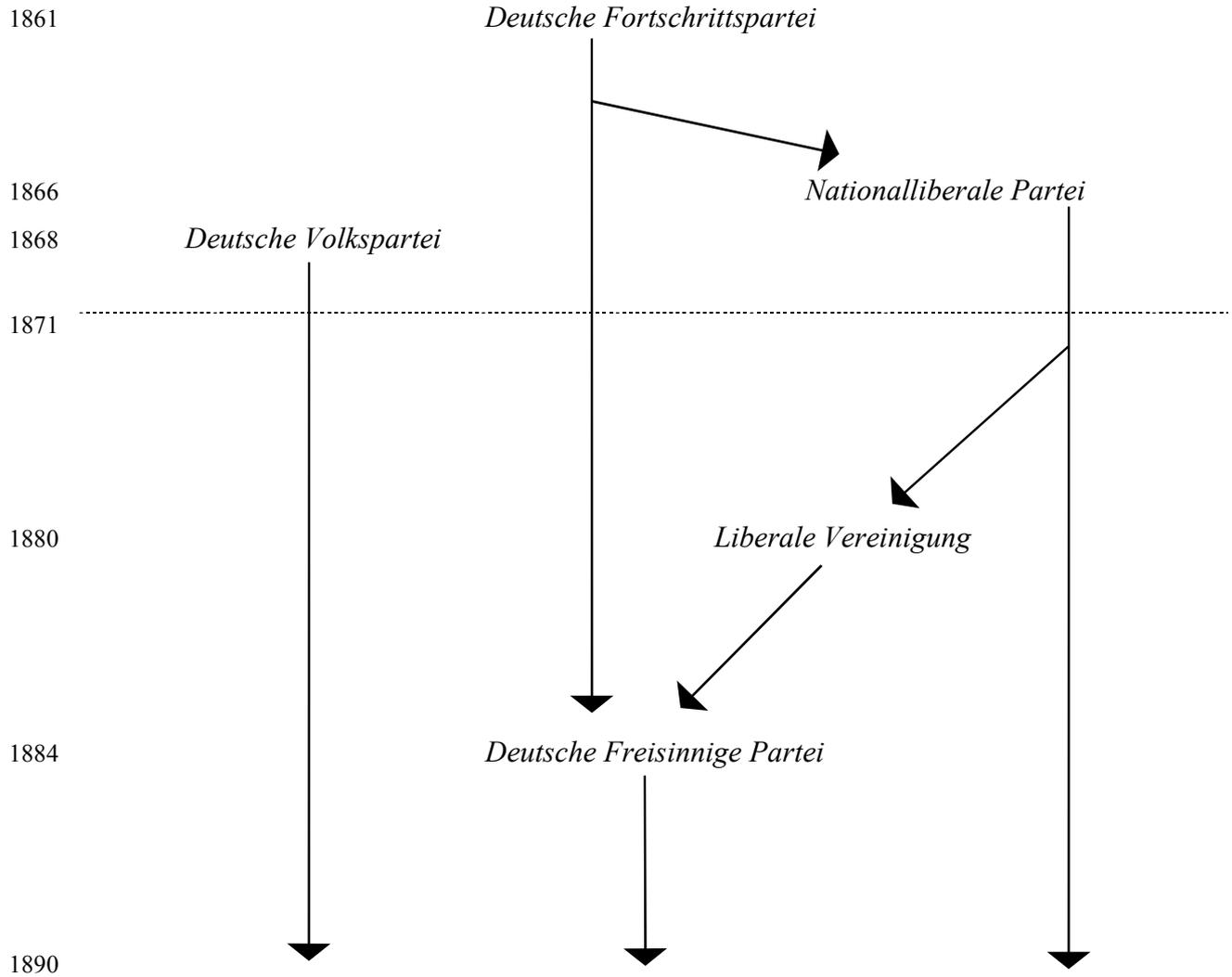
6.2 Weitere Literatur, die ebenfalls Interessantes verspricht

- Bäker, R.:** Bürgertum und Arbeiterfrage im 19. Jahrhundert. Analyse zu sozialpolitischen Zeitschriftenbeiträgen in der Phase der Hochindustrialisierung Deutschlands, Frankfurt a.M. 1990
- Faber, K.G.:** Strukturprobleme des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Der Staat 14 (1975), S. 201-227
- Gall, Lothar:** Zu Ausbildung und Charakter des Interventionsstaates, in: HZ 227 (1978), S. 552 - 570
- Heß, Jürgen C., E. van Steensel van der Aa:** Bibliographie zum deutschen Liberalismus (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte 10), Göttingen/Zürich [o.a.d.J.]
- Mommsen, Wolfgang J.:** Liberalismus im aufsteigenden Industriestaat, in: Geschichte und Gesellschaft 1 (1978), [o.a.d.S.]
- Mommsen, Wolfgang J.:** Der deutsche Liberalismus zwischen 'klassenloser Bürgergesellschaft' und 'organisiertem Kapitalismus'. Zu einigen neuen Liberalismusinterpretationen, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 77-90
- Peters, H.:** Die Geschichte der sozialen Versicherung, 2. Aufl., Bonn 1973
- Sell, F.C.:** Die Tragödie des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1953
- Sigerist, Henry Ernest:** Von Bismarck bis Beveridge. Entwicklungen und Richtungen in der Gesetzgebung der Sozialversicherung [1943], in: Erna Lesky (Hg.): Sozialmedizin, Darmstadt 1977, S. 186 ff.
- Ullmann, H.P.:** Industrielle Interessen und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung 1880 - 1889, in: HZ 229 (1979), S. 594 - 610
- Umlauf, J.:** Die deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung 1880 - 1890. Ein Beitrag zur Entwicklung des sozialen Rechtsstaats, Berlin 1980
- Quandt, O.:** Die Anfänge der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung und die Haltung der Parteien, Berlin 1938
- Wentzcke, Paul (Hg.):** Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, Bd 2: Im neuen Reich 1871-1890, Bonn 1926, ND Osnabrück 1970

und die **Jahrbücher zur Liberalismus-Forschung**, die seit 1989 vom Forschungsinstitut der Friedrich-Naumann-Stiftung herausgegeben werden.

7 Anhang

Übersicht über die im Reichstag vertretenen liberalen Parteien



Nicht berücksichtigt wurden in diesem Schaubild:

- die liberalen Splittergruppen (*Altliberales Zentrum, Bundesstaatliche Konstitutionelle Fraktion, Freie Liberale Vereinigung*), die sich 1879/80 mit den *Nationalliberalen* vereinigten
- die Gruppe *Löwe-Berger* (Abspaltung von der *Deutschen Fortschritts Partei*)
- die Gruppe *Schauss-Völk* (Abspaltung von den *Nationalliberalen*)